

uniterre



MAI 2018
No 2 63. JAHR

WWW.UNITERRE.CH

GVO Die neuen Verfahren zu Veränderung von Genomen im Erbgut fallen nicht unter die Reglementierungen der Gentechnik. Überblick über Fragen und Risiken mit Eva Gelinsky.

BROTGETREIDE
In der Schweiz wird Brotgetreide von guter Qualität deklassiert und man importiert in grossen Mengen tiefgekühlte Industrieprodukte. Sehr paradox. Erhellendes zum betrügerischen Markt.

ARBEITSBEDINGUNGEN
Vergleich zwischen solidarischer Landwirtschaft und konventioneller Landwirtschaft.

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG



GEMEINSAM SIND WIR STARK

LEITARTIKEL

BERTHE DARRAS
UNITERRE SEKRETÄRIN

Über der Schweiz weht ein Wind des Protests. Am 24. September wurde das Gegenprojekt zur Ernährungssicherheit vom Stimmvolk mit 78% angenommen. Das war ein klares Zeichen der Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt der Schweizer Landwirtschaft – sollte es scheitern. Allerdings hat der Bundesrat inzwischen seine "Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik" herausgegeben, die das Abstimmungsresultat verspottet: Sie verstärkt die Idee, dass die Schweizer Landwirtschaft in den Augen der Politik nur als Tauschware gehandelt wird. Das wird klar, wenn wir beobachten, wie sich der Bundesrat auf die Freihandelsabkommen mit, beispielsweise, den MERCOSUR-Staaten und Malaysia stürzt.

Deshalb erheben sich jetzt wieder die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger, um gegen das angekündigte Opfer des Schweizer Rapsöls zu protestieren sowie dagegen, dass der Bundesrat im Rahmen der Freihandelsverhandlungen mit Malaysia die Augen vor den schlechten ökologischen und sozialen Bedingungen der dortigen Palmölproduktion verschliesst! Sogar der Nationalrat ist besorgt: Im Februar haben 140 ParlamentarierInnen dafür gestimmt, dass die Schweiz die Freihandelsverhandlungen mit Malaysia unterbrechen soll! Ein Votum, das Bundesrat Schneider-Amman sehr bedauert.

Was aber spielt sich da genau ab? Offenbar ist das Stimmvolk mit den Bestrebungen der Regierung nicht auf einer Linie – oder eher umgekehrt. Wir erleben die Geburt eines Grabens zwischen dem Willen der Regierung und demjenigen der Bevölkerung.

Als Antwort auf die Handlungen des Bundesrates werden derzeit viele neue Bürgerbewegungen und Bauernorganisationen gegründet: Allmenne in der Deutschschweiz, Mouvement pour la Paysannerie Citoyenne in Genf... Alle diese Bewegungen sind für uns eine Chance, um zu zeigen, dass wir nicht mit der Richtung einverstanden sind, welche unsere Regierung einschlägt; die sogenannte Gegen-die-Wand-Richtung und die Um-Konsequenzen-kümmern-wir-uns-später-Strategie. Uns wird vorgebetet, dass wir Arbeitsplätze verlieren, wenn wir diese Abkommen nicht unterzeichnen. Und umgekehrt? Wenn die Schweiz diese Freihandelsabkommen unterzeichnet, gehen in der Landwirtschaft noch mehr Arbeitsplätze verloren.

Gemeinsam sind wir stark. Also lasst uns erfinderisch, kreativ und solidarisch sein! Lasst uns unsere Kräfte vereinen, lasst uns Synergien freisetzen, anstatt uns zu verzetteln! Und vor allem: Wir sind nur gemeinsam stark genug, um das Ruder herumzuwerfen.

Dieses Jahr haben wir eine sehr gute Gelegenheit, um gemeinsam in den Kampf zu ziehen: Die Initiative für Ernährungssouveränität! Wir wollen denjenigen nicht länger als Handlanger dienen, die sich nur dem Profit und der Ausbeutung verschreiben. Es liegt in unserer Hand: Sagt JA zur Initiative für Ernährungssouveränität und zur Fairfood-Initiative der Grünen.

Worauf warten wir noch? •

BILDER DES MONATS

17. April 2018, internationaler Kampftag der Bäuerinnen und Bauern
Aktivismus & Musik!
in Bern, Zürich, St. Gallen, Trogen, Lausanne und Genf.
Siehe Artikel auf Seite 8

Ganze Artikel und weitere Fotos:
www.uniterre.ch/17april2018

Geht es nach der Biotech- und Agriindustrie sollen neue Gentechnikverfahren wie Genomchirurgie oder Genome Editing (v.a. CRISPR/Cas) vollständig von der Gentech-Regulierung ausgenommen werden.

GENTECHNIK DURCH DIE HINTERTÜR

INTERVIEW

EVA GELINSKY
PROSPECIERARA, IG SAATGUT, CENH

GEFÜHRT VON
MATHIAS STALDER
GEWERKSCHAFTSSEKRETÄR

Die Diskussion darüber verläuft nach den klassischen Fronten. Doch mit Urs Niggli, seit 28 Jahren Leiter des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL), erhält die von Monsanto, DowDuPont, Bayer & Co. vorangetriebene Technologie einen prominenten Befürworter. Bio Suisse fordert eine strikte Regulierung innerhalb des Gentechnikgesetzes (GTG) genauso wie die weltweite Bio-Bewegung IFOAM Organics. Urs Niggli plädiert stattdessen für ein neues differenziertes Prüfverfahren. Bevor die Frage der Vorsorge abschliessend geklärt ist, wächst in den USA bereits ein herbizidresistenter Raps auf den Feldern, der mit einem der neuen Verfahren entwickelt wurde. Er ist allerdings nicht als GVO-Pflanze erkennbar, weil in den USA die neuen Gentechnik-Verfahren und damit entwickelte Pflanzen nicht als Gentechnik reguliert und gekennzeichnet werden. Uniterre hat bei Eva Gelinsky, Mitarbeiterin bei ProSpecieRara, Koordinatorin der Interessengemeinschaft gentechnikfreie Saatgutarbeit und Mitglied in der Eidgenössischen Ethikkommission für die Biotechnologie im Ausserhumanbereich (EKAH) nachgefragt.

Was ist der Unterschied zu herkömmlichen GVOs?

Im Gegensatz zur alten Gentechnik zielen die Verfahren, allen voran CRISPR/Cas, darauf ab, ganz präzise in das Erbgut von Pflanzen, Tieren (und Menschen) einzugreifen. Nachdem man drei Jahrzehnte lang mit ungenauen Schrotschussverfahren gearbeitet hat – der Ort des Einbaus der neuen Gen-Konstrukte konnte nicht kontrolliert werden und komplexere gentechnische Veränderungen liessen sich kaum herstellen –, glaubt man sich jetzt in der Lage, das Erbgut und die Genregulation zielgerichtet, planvoll und ohne erhebliche Nebenwirkungen manipulieren zu können. Die einzelnen Schritte, die man z. B. beim CRISPR-Verfahren vornehmen muss, unterscheiden sich allerdings kaum von jenen der alten Gentechnik. Auch bei den neuen Verfahren müssen zunächst Zellen präpariert und ggf. Zellwände geöffnet werden. Es muss auch noch immer eine Transformation erfolgen, ein Einschleusen der "Information". Dieser Transfer erfolgt – ganz klassisch – mittels der "Genkanone", Agrobakterium oder auch

Mikroinjektion. Aus den transformierten Zellen werden Pflanzen regeneriert, was oft gar nicht funktioniert oder zu ungewollten Mutationen führt. Auch Schritte der Selektion – der phänotypisch "normal" aussehenden Pflanzen – das Testen, ob der erwünschte Effekt überhaupt erzielt wurde usw. bleiben notwendig. Insgesamt gehen die Verfahren der neuen Gentechnik wohl schneller als die der alten. Wichtig ist: Sie führen nicht immer dazu, dass transgene Organismen entstehen, also Organismen, die das Erbgut "fremder" Arten in sich tragen. Sie sind aber immer als gentechnische Verfahren anzusehen: Die Methoden basieren auf einem direkten, technischen Eingriff auf der Ebene des Genoms unter Verwendung von Material, das ausserhalb der Zellen zubereitet wurde.

Warum stösst sie auch in der Bio-Bewegung auf Interesse?

Versprochen werden Pflanzen mit höheren Erträgen, effizienterer Wasser- und Nährstoffnutzung sowie Resistenzen gegen Krankheiten. Von solchen Pflanzen soll auch die Biolandwirtschaft profitieren. Leider wird die Auseinandersetzung mit dem sehr technischen und komplizierten Thema der neuen Gentechnik – auch bei Bio – oft zu oberflächlich geführt. Man will den Versprechen glauben, hofft auf neue Superpflanzen und beschäftigt sich nicht eingehender damit, was genau gemacht wird und welche Folgen das haben könnte. Urs Niggli unterstützt das, wenn er z. B. behauptet, die Risiken der neuen Verfahren, seien "aus wissenschaftlicher Sicht überschaubar" und es bräuchte eine "Risikobewertung [...], die dem tatsächlichen, wesentlich geringeren Risiko angepasst" sei (Lebensmittelzeitung 6/2018). Mit einer seriösen wissenschaftlichen Analyse haben diese Behauptungen jedoch nichts zu tun.

Welche Argumente für die neuen Techniken werden ins Feld geführt?

Es wird z. B. immer wieder behauptet, CRISPR sei äusserst präzise und deshalb viel sicherer als die alte Gentechnik. Zunächst muss festgehalten werden: präzise heisst nicht unbedingt sicher. Dann ist zu differenzieren, denn mit CRISPR können verschiedene Veränderungen vorgenommen werden: Das Verfahren kann dazu eingesetzt werden, einzelne Transgene in Organismen einzubringen, so wie dies auch mit den alten Gentechnik-Verfahren möglich ist. Oder es werden sehr viele neue Transgene eingebracht und Organismen so von Grund auf "umgebaut". Es können auch einzelne Basenpaare in den Genen gezielt hinzugefügt oder entfernt werden. Diese Gene werden dann entweder stillgelegt, verändert oder in ihrer Wirkung verstärkt. Hier haben auch kleine Veränderungen, gerade weil sie nun gezielt möglich sind, das Potential, grosse Wirkungen zu

entfalten. Die Vorstellung, mit den neuen Verfahren könnten gezielt ganz bestimmte Funktionen erzeugt, ausgeschaltet oder (wieder) in Gang gesetzt werden, beruht auf unzulässigen Vereinfachungen: Für die meisten intensiv erforschten Gene sind verschiedene Funktionen bekannt; in unterschiedlichen Geweben, zu unterschiedlichen Entwicklungszeitpunkten oder sogar in unterschiedlichen Signalkaskaden innerhalb ein und derselben Zelle. Wie bei der alten Gentechnik wird diese Komplexität, sowohl des Informationsgehalts des Genoms als auch der Informationsübertragung, vernachlässigt. Wir haben es also immer noch mit einem sehr reduktionistischen Ansatz zu tun. Die Pflanze erscheint als "Baukasten", in dem man beliebig "herumbasteln" kann.

Welche Risiken haben die Verfahren?

Da die Nukleasen, die bei den Genome Editing Verfahren verwendet werden, eine Toleranz von einigen Basenpaaren besitzen, können neben der Zielsequenz weitere DNA-Sequenzen als "Off-Target"-Effekt verändert werden. Welche Folgen das jeweils hat, müsste untersucht werden. Möglich ist z. B., dass die Pflanze deshalb ungewollt Allergene oder Toxine produziert. Darüber hinaus geht es nicht immer nur um punktuelle Veränderungen: Die Veränderungen im Genom können sehr umfangreich sein, wenn man z. B. CRISPR/Cas mehrfach hintereinander anwendet. Um die Risiken der Verfahren wirklich einschätzen zu können, fehlen aktuell aber Daten. Leider findet – auch hier gibt es Parallelen zur alten Gentechnik – die entsprechende Forschung kaum statt. Man interessiert sich nur für die verbesserte Anwendung der Verfahren. Deshalb wäre eine Regulierung und Risikobewertung VOR einer kommerziellen Freisetzung so wichtig.

Was sind die Forderungen an die Politik? Welche Entscheide stehen an bzw. welche Auseinandersetzungen werden auf EU-Ebene geführt?

Die wichtigste Forderung ist: Die neuen Verfahren und die damit hergestellten Pflanzen, aber auch Tiere müssen als Gentechnik reguliert und gekennzeichnet werden. In Europa warten gerade alle auf die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), der sich mit der rechtlichen Einordnung einiger der neuen gentechnischen Verfahren beschäftigt. Mit einem Urteil rechnen wir ca. Mitte 2018. Ich befürchte allerdings, dass das EuGH-Urteil Interpretationsspielraum frei lassen wird. Die politischen Auseinandersetzungen werden also erst danach so richtig losgehen. Einig ist man sich in Europa in der Frage der Regulierung nicht. Es gibt Länder wie Schweden, aber auch Deutschland, in denen die Befürworter einer freien Nutzung der neuen Verfahren sehr laut und dominant sind.

Welche Chancen bestehen, den neuen Verfahren in Europa und der Schweiz einen Riegel zu schieben?

Ich sehe nur dann eine Chance, wenn die gentechnikfrei arbeitenden ZüchterInnen, Bäuerinnen und Bauern und ihre Interessenvertretungen – Bio und Konventionell – sowie die KonsumentInnen in der Schweiz und in Europa der Politik unmissverständlich klarmachen, dass sie auch in Zukunft gentechnikfrei wirtschaften und essen wollen. Aber der Druck der Gentechnik-BefürworterInnen ist gross, deshalb wären aktuell ein öffentlich besser sichtbarer Protest und Widerstand dringend notwendig.

Das Gentech-Moratorium gilt noch bis 2021. Eine Annahme der Initiative für Ernährungssouveränität (Absatz 4) würde das Gentechverbot in der Verfassung festschreiben und gerade auch die neuen Technologien miteinschliessen. Eine Lösung?

Das könnte durchaus eine Lösung sein. Aber es ist zu bedenken, dass es in Zukunft neue biotechnologische Verfahren geben könnte, die man nicht mehr unter die Gentechnik-Regulierung bekommt; der technische Fortschritt ist rasant. Dazu kommt: Die Schweiz ist keine Insel. Eine gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft, die diesen Namen verdient, bekommen wir nur gesamt-europäisch hin. Deshalb muss die Vernetzung und der Widerstand auch über die Grenzen hinaus stattfinden. •

INITIATIVE FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Absatz 4: "Er verbietet in der Landwirtschaft den Einsatz genetisch veränderter Organismen sowie von Pflanzen und Tieren, die mithilfe von neuen Technologien entstanden sind, mit denen das Genom auf nicht natürliche Weise verändert oder neu zusammengesetzt wird."

www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

MARCH AGAINST MONSANTO

Samstag 19. Mai 2018, 13:00
Barfüsserplatz, Basel / Grand-Rue 101, Morges

UNTERSCHREIBT DIE PETITION
der Kleinbauern-Vereinigung und der Schweizerischen
Arbeitsgemeinschaft Gentechnologie

www.keine-neue-gentechnik.ch

MIT AUSLÄNDISCHEM WEIZEN REINGELEGT

DOSSIER BROTWEIZEN

VANESSA RENFER
BÄUERIN, UNITERRE SEKRETÄRIN

RUDI BERLI
BÄUER, UNITERRE SEKRETÄR, PRÄSIDENT DER SEKTION GENÈVE

In der Schweiz wird Inland-Weizen von guter Qualität deklassiert, während industrielle Tiefkühlprodukte importiert werden. Ein seltsames Paradox in einer Zeit, in der lokale, nachhaltige Produktion und das Swissness-Label aufgewertet werden. Zoom auf die komplexen Mechanismen des Schweizer Brotgetreide-Marktes.

Die Brotweizernte 2017 war sehr gut. Aber seltsamerweise ist dies für die Schweizer Produzentinnen und Produzenten keine gute Nachricht. Laut Erhebungen der Branchenorganisation Swiss Granum beläuft sich die Menge an backfähigem Brotgetreide auf 470'000 Tonnen während sich der Marktbedarf an Schweizer Getreide pro Jahr auf 370'000 Tonnen beschränkt. Das heisst: Es sind dieses Jahr rund 100'000 Tonnen Brotgetreide überschüssig. Am 24. November 2017 kündigte der Schweizer Getreideproduzentenverband (SGPV) in einer Medienmitteilung an, dass 25'000 Tonnen Inland-Weizen von guter Qualität deklassiert würden. Konkret heisst das, dass dieser der menschlichen Ernährung entzogen und als Futtermittel für Tiere wiederverwertet wird. 17'000 Tonnen genügen zudem den Qualitätsanforderungen nicht. Und eine gewisse Menge dürfte den strategischen Reserven zugewiesen werden. Dafür beauftragt der Bund Privatunternehmen, einen Lagerbestand für drei Monate aufrecht zu erhalten.

Am Anfang war der Brotweizen! Schweizer Bäuerinnen und Bauern bauen auf rund 82'000 Hektaren mehrere Dutzend Weizensorten mit verschiedener Qualität (Klasseneinteilung: Top, I, II, III und Gebäck) sowie andere Brotgetreide wie Roggen, Emmer, Mischel und Dinkel an. Der Weizen macht mit 75'000 Hektaren den Löwenanteil aus, davon werden 5000 Hektaren biologisch angebaut. Es handelt sich um sinkende Zahlen, ungefähr 20 Prozent weniger seit den Neunzigerjahren (Quelle: SGPV). Die Gesamtproduktion variiert zwischen 315'000 und 470'000 Tonnen. Mit einem Selbstversorgungsgrad von 80 Prozent wäre die Schweizer Bevölkerung weitgehend in der Lage, das gesamte aus eigenem Getreide produzierte Mehl zu verwenden. Die Dinge werden erst dann kompliziert, wenn der liebe Markt ins Spiel kommt. Die Mülerei, die sich um die Weiterverarbeitung kümmert, bearbeitet jährlich rund 400'000 Tonnen Weizen. Aus verschiedenen Gründen ist sie nicht in der Lage mehr zu kaufen:

- 70'000 t Weizen, davon die Hälfte bio-zertifiziert, werden im Rahmen des WTO-Zollkontingents importiert. 100'000 t beträgt die Gesamtimportmenge von Getreide für die Er-

nährung. Der Zolltarif wird durch den Bund auf der Basis des Weltmarktpreises festgesetzt. Er beläuft sich aktuell auf etwa 23 Franken pro 100 Kilo. Diese Import-Zolltarife bestimmen den Preis der Inland-Produktion. Es muss darauf verwiesen werden, dass der Bund die Preise im letzten Jahrzehnt beträchtlich gesenkt hat.

- 4'000 bis 5'000 t Mehl werden zudem jährlich importiert. Eine konstante aber unwesentliche Zahl angesichts des Schweizer Bedarfs (weniger als ein Prozent).
- Ungefähr 140'000 t Tiefkühlbackwaren strömen jährlich in die Schweiz. Dank dem Cassis-de-Dijon-Prinzip sind diese importierten Brote nur sehr schwach besteuert, weil es sich um weiterverarbeitete Produkte handelt.

INDUSTRIELLES BROT ÜBERFLUTET DIE SCHWEIZ, BÄCKERINNEN UND BÄCKER VERSCHWINDEN. Vorgebackene und tiefgekühlte Produkte machen dem Schweizer Weizen- und Brotsektor schwer zu schaffen. Neben Bonfrais-Bongel und Delifrance beherrscht Hiestand-Aryzta diesen Sektor. Die Exporteure sind aus dem ehemaligen Ostblock, Deutschland, Italien aber auch aus fernen Regionen. Neben deutlich tieferen Anforderungen an die Rohstoffe im Vergleich zur Schweiz, sorgen geringere Lohn-, Gebäude- und Transportkosten dafür, dass das in der Schweiz ankommende Produkt billiger ist als das mit lokalem Mehl von Hand hergestellte. Tankstellen, kleine Lebensmitteläden, aber auch Grossmärkte und in geringerem Masse Bäckereien spielen mit dem Bild von "handgemacht" "frisch vom Tag" oder "selbstgemachtes Brot", indem das Brot vor Ort frisch aufgebacken und so dem Kunden ein angenehmer Bäckergeruch vermittelt wird. Gemäss Herrn Eric Emery, Handwerksbäcker in Genf, findet man im Schnitt in den Bäckereien etwa 20% solcher vorgefertigter Tiefkühlprodukte, ein Verhältnis, das im internationalen Vergleich wiederum relativ gering ist. Doch diese Produkte sind zu 100 Prozent industriell: Sie stammen aus Getreide minderer Qualität, verschlingen grosse Mengen Verpackungsmaterial und jede Menge Kilometer, um in hiesige Auslagen zu kommen. Eine nicht sehr glänzende ökologische Bilanz!



Wegen dieser Entwicklung verschwindet ein uralter Beruf: Noch vor 30 Jahren gab es 4'600 Handwerksbäckerinnen und -bäcker, 2013 existieren laut dem Bundesamt für Statistik noch 1'333 Bäckereien. In der Schweiz schliessen jährlich 75 Bäckereien, was einer Bäckerei pro Woche entspricht. Zudem gibt es im Backwarenssektor eine starke Tendenz, die Produktion zu konzentrieren und Franchising-Ketten zu entwickeln.

SCHWEIZER GETREIDEMÜHLEN STARK UNTER KONKURRENZ. Das gleiche Szenario wiederholt sich im Mülereisektor. In den vergangenen zehn Jahren ist ein Drittel der Mühlen verschwunden und der Sektor hat eine starke Konzentration erfahren. Zwei Mühlen (Groupe minoteries und Swisssmill) verarbeiten 60 Prozent des Volumens. Werden noch vier andere Mühlen dazugezählt, beträgt das Volumen schon 85 Prozent. Trotz einem stabilen Brotkonsum (50kg pro Person) und Bevölkerungswachstum nimmt das Volumen ab. Der Marktverschiebung des Sektors ins Ausland wird zugeschaut. Unter dem Druck des Frankenkurses und der europäischen Wirtschaftskonjunktur stagnieren die Exporte von verarbeiteten Getreideerzeugnissen der Spitzenklasse.

KAMPF FÜR TRANSPARENZ – WANN KOMMT EIN LABEL? In Bezug auf das Management des Angebots könnte der SGPV die Produzentinnen und Produzenten ermutigen, sich ertragsreichen Buntbrachen zuzuwenden und so dem erduldeten Druck der Industrie entgegen zu wirken. Es sollte deshalb möglichst schnell eine Allianz von Produzentinnen und Produzenten, Mülerrinnen und Müllern und Handwerksbäckerinnen und -bäcker aufgebaut werden, um so einen fairen, einträglichen Verteilungsschlüssel zu garantieren und um die Importe industrieller Produkte zu stoppen. Die Gründung regionaler Warenbezeichnungen, Circuits-courts und ein präzises Pflichtenheft kann die Aufwertung der bäuerlichen Getreideproduzentinnen und -produzenten fördern. Wie zum Beispiel 2010, als Produzentinnen und Produzenten des Genfer Vereins L'Affaire TourneRêve das erste Bio-Brot lancierten, das aus fair bezahltem Genfer Getreide stammte (1.21 Franken pro Kilo). Seit mehreren Jahren entwickeln sich zahlreiche Initiativen, bei denen Bäuerinnen und Bauern, Mülerrinnen und Müller und Handwerksbäckerinnen und -bäcker zusammenarbeiten. Schliesslich können öffentliche Institutionen eine aktive Rolle bei der Förderung von handgemachten Produkten einnehmen, indem sie deren Einführung in der Gemeinschaftsgastronomie, Schulkantinen, Spitälern oder Alters- und Pflegeheimen fördern. Die Ernährungssouveränität schafft auch da Abhilfe! •

verstanden werden, um was es geht und diejenigen Instrumente herausgelesen werden, die uns in Zukunft erlauben, wieder etwas menschliche Logik in die Marktlogik einfließen zu lassen. Und dies mit der Absicht, die Brotkultur zu beleben und zu meistern – vom Feld bis in den Teller und um eine Ernährungskultur zu entwickeln, die alle Partner von der Produktion bis zum Konsum vereint.

Die Landwirtschaft im Allgemeinen und der Getreideanbau im Speziellen repräsentieren einen öffentlichen Sektor, der eine gemeinwirtschaftliche Leistung erbringt – wie die Gesundheit, die Ausbildung, der Transport, die Energieinfrastruktur und die Verteidigung. In diesem Sinne muss der Staat seine Verantwortung wahrnehmen und die Zollabgaben so anwenden, dass ungleiche Produktionsfaktoren zwischen den Ländern ausgeglichen werden.

Das Schlüsselwort heisst Transparenz. Transparenz ist eine Bedingung für das Management des Angebots durch die Produzentinnen und Produzenten und eine gleichmässige Verteilung des Mehrwerts. Es ist bedauernd, dass der Staat diese Rolle nicht wahrnimmt. Tatsächlich fehlen dazu genaue Statistiken. Eine parlamentarische Interpellation wurde im Mai 2017 eingereicht, um den jährlichen Konsum von Backwaren zu erfragen, und um den Sektor der Import-Produkte zu analysieren. Ohne Wirkung, der Bundesrat hat sie negativ beantwortet.

Die Gründung regionaler Warenbezeichnungen, Circuits-courts und ein präzises Pflichtenheft kann die Aufwertung der bäuerlichen Getreideproduzentinnen und -produzenten fördern. Wie zum Beispiel 2010, als Produzentinnen und Produzenten des Genfer Vereins L'Affaire TourneRêve das erste Bio-Brot lancierten, das aus fair bezahltem Genfer Getreide stammte (1.21 Franken pro Kilo). Seit mehreren Jahren entwickeln sich zahlreiche Initiativen, bei denen Bäuerinnen und Bauern, Mülerrinnen und Müller und Handwerksbäckerinnen und -bäcker zusammenarbeiten. Schliesslich können öffentliche Institutionen eine aktive Rolle bei der Förderung von handgemachten Produkten einnehmen, indem sie deren Einführung in der Gemeinschaftsgastronomie, Schulkantinen, Spitälern oder Alters- und Pflegeheimen fördern. Die Ernährungssouveränität schafft auch da Abhilfe! •

FOKUS WEIZENPREIS

Bis in die Neunzigerjahre wurde der Weizen-Preis durch den Bund festgelegt. Für Weizen der Klasse Top bekam die Bäuerin bzw. der Bauer 112 Franken pro 100 Kilo – ein Preis der im Jahr 2018 verblasst ist. Der Bund hat sich der Verantwortung entzogen, so wie er es für die Milch getan hat. Derselbe Weizen der Klasse Top verkauft sich nur noch für 52 Franken pro 100 Kilo. Dies entspricht einem Rückgang von 50 Prozent innerhalb von 20 Jahren. Ein Rückgang, der heutzutage teils mit Direktzahlungen kompensiert wird. Als neues Preis-Druckmittel gegen die Produzentinnen und Produzenten, wird die Industrie ab 2019 die Proteinbezahlung anpassen. Um die Produktion korrekt zu vergüten, müsste ein kostendeckender Preis rund 1 Franken pro Kilo betragen. Ein solch kostendeckender Preis würde nur einen geringen Einfluss auf den Kilo-Brotpreis haben. Denn: Der Weizen stellt nur 8 Prozent des Brotpreises dar (Durchschnitt zwischen Spezial- und Weissbrot). Für einen Durchschnittspreis von 3.5 Franken bedeutete eine Erhöhung von 50 Prozent des Produzentinnen- und Produzenten-Preises eine Erhöhung von 30 Rappen für die Konsumentinnen und Konsumenten. •

ARBEITSBEDINGUNGEN

SOLIDARISCHE PRAXIS

BILLIGLOHNBRANCHE

TINA SIEGENTHALER

LANDWIRTIN AUF DEM FONDLIHOFF BEI DIETIKON, KOOPERATIONSSTELLE SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT UND ENGAGIERT SICH NEU IN DER SEKTION ZÜRICH VON UNITERRE

MATHIAS STALDER

UNITERRE SEKRETÄR

Ein wichtiger Pfeiler in der solidarischen Landwirtschaft ist die Schaffung von guten Arbeitsbedingungen: Freie Wochenenden, Ferien auch während der Saison und höherer Lohn als branchenüblich.

Mit der gemeinsamen Entscheidungsfindung im selbstverwalteten Kollektiv bietet die Solawi gute Voraussetzungen zum Erreichen dieser Ziele. Fachkräfte sind also nicht einfach Angestellte, sondern aktiver Teil des Vorstands oder der Betriebsgruppe und haben dadurch die Möglichkeit, ihre Arbeitsbedingungen mitzugestalten. Dazu werden nicht die landwirtschaftlichen Produkte zu marktüblichen Preisen verkauft und bestimmen somit indirekt den Lohn, sondern es wird zu Jahresbeginn ein Budget erstellt, welches auch den Jahreslohn der Fachkräfte beinhaltet. Dieses Budget wird von den Mitgliedern an der Jahresversammlung verabschiedet und von allen anteilmässig finanziell mitgetragen.

Aktuell dreht sich die Diskussion im Dachverband der Deutschschweiz um die Umsetzung der angestrebten guten Arbeitsbedingungen. Gerade die Solawis, die schon länger bestehen (z.B. Radiesli, Wädichöbli, Dunkelhölzli, ortoloco), können wertvolle Erfahrungen an jüngere Kooperativen weitergeben. Die Festlegung eines gerechten Lohnes kann zwar in den Statuten stehen, die konkrete Ausgestaltung ist dann aber ein gemeinsamer Prozess. In den meisten Kooperativen werden schon zu Beginn vergleichsweise gute Löhne eingesetzt und in mehreren Kooperativen sind bereits Lohnerhöhungen erfolgt. Die Mitglieder sehen, dass die Fachkräfte mit schätzungsweise durchschnittlich 5000 Franken für eine 45-Stunden-Woche zwar bereits mehr verdienen als branchenüblich, es kommt dann aber trotzdem die Frage auf, ob das im Vergleich mit dem eigenen Lohn gerechtfertigt ist. Für die einzelnen Haushalte einer Solawi kommt eine Lohnerhöhung schlussendlich nicht sehr viel teurer. Trotz gemeinsamem Prozess und klarer Kommunikation ist es aber auch schon vorgekommen, dass eine Lohnerhöhung beschlossen wurde und aufgrund des höheren Jahresbeitrages viele Mitglieder abgesprungen sind. In solchen Fällen ist eine Aufarbeitung und Rückfrage ein wichtiges Instrument, um die Hintergründe dafür sichtbar zu machen und daraus zu lernen.

Gute Löhne, Ferien, Feiertage und Wochenenden sind nicht das einzige, das stimmen muss. In der Anfangs- und Aufbauphase ist es bei fast allen Kooperativen zeitweise zu Überlastungen gekommen - für die ehrenamtlich tätige Betriebsgruppe wie auch für die Fachkräfte. In den meisten Fällen hat sich gezeigt, dass

es sinnvoll ist, wenn sich zwei oder mehr Fachkräfte die Arbeit und Verantwortung aufteilen können. Dafür ist die Betriebsgrösse ausschlaggebend, es müssen genügend Mitglieder sein - und wiederum dafür muss die Betriebsgruppe einen grossen Effort leisten. Damit diese Zeit gut überstanden wird, muss der Betrieb als gemeinschaftliches Projekt wahrgenommen werden. Mehrere Kooperativen haben schon die Erfahrung gemacht, dass die Diskrepanz zwischen politischem und basisdemokratischem Engagement und dem formalen Anstellungsverhältnis zwischen Fachkräften und Betriebsgruppe zu Spannungen führen kann, die im besten Fall sofort thematisiert werden. Um eine gute Grundlage zu schaffen, muss sich die Aufbaugruppe mit den Fachkräften bereits zu Beginn genug Zeit nehmen, um ein gemeinsames Verständnis zu schaffen. Trotz kollektiver Arbeits- und Wirtschaftsweisen müssen sich die Mitglieder der Betriebsgruppe ihrer ArbeitgeberInnen-Rolle sehr bewusst sein.

Bei allen Solawi-Betrieben ist es zentral, dass nicht nur Parameter festgelegt werden, sondern eine gemeinsame Kultur entwickelt wird. Das Konzept ist voll auf Selbstermächtigung und Mitbestimmung ausgelegt. Das birgt ein enormes Potential - man kann einen Betrieb aufbauen, wie man ihn sich wünscht! In einem gemeinschaftlichen und gut strukturierten Prozess gelingt dieser Aufbau - immer im Austausch mit den anderen Kooperativen. •

SaisonarbeiterInnen sorgen zwar dafür, dass unser Gemüse frisch und billig auf den Teller kommt, sie gehören aber zu der Gruppe von Menschen, mit den prekärsten Arbeitsbedingungen in der Schweiz.

Unter dem massiven Preisdruck verkommt die Landwirtschaft zur Billiglohnbranche. Die Arbeitsgemeinschaft der Berufsverbände landwirtschaftlicher Angestellter (ABLA), Sozialpartner des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV), setzt sich u.a. für bessere Arbeitsbedingungen ein. Mara Simonetta, Landwirtin und Geschäftsführerin der ABLA beschreibt ihre Ziele wie folgt: "Wir setzen uns grundsätzlich für eine Harmonisierung der Löhne und der Wochenarbeitsstunden in der Schweizer Landwirtschaft ein, so dass wir idealerweise in naher Zukunft kein Ost-West-Gefälle mehr haben wie heute, wo im Kanton Genf 45h, im Kanton Glarus bis zu 66h pro Woche gearbeitet werden muss - notabene für denselben Mindestlohn von momentan Fr. 3'235.-!" Ein weiteres Ziel sei die Verbesserung des vor drei Jahren zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern ausgehandelten Muster-Normalarbeitsvertrag (NAV). ABLA möchte darin insbesondere die Unterscheidung zwischen Tierhaltungs- und Nicht-Tierhaltungsbetrieben aufheben, da sie unterschiedliche Wochenarbeitszeiten (zur Zeit 52.25 bzw. 49.5h/Woche) zulassen. Dies ist laut Meinung der ABLA eine krasse Diskriminierung und in höchstem Mass ungerecht. Die ABLA berät ArbeitnehmerInnen in Sachen Arbeitsverträge, Anstellungsverhältnisse, Freizeit, Ferien,

Überzeit, Kündigung etc. und nimmt andererseits Einsitz in diversen Kommissionen, die sich mit der Erstellung von kantonalen Muster-Normalarbeitsverträgen, mit Sicherheitsaspekten in der Landwirtschaft, mit Richtlöhnen und Wochen-Arbeitszeiten befassen.

Mara Simonetta machte wenig bis gar keine Erfahrung mit Schwarzarbeit in der Landwirtschaft und ist sich sicher, dass dies vom SBV ebensowenig toleriert und aufs Schärfste bekämpft wird.

Ganz anders äussert sich Philippe Sauvin von der Gewerkschaft l'Autre Syndicat. Er schätzt, dass 5000 - 8000 Personen illegal und rund 15'000 MigrantInnen regulär in der Landwirtschaft tätig sind. "Ganz generell kann gesagt werden, dass diese Arbeitskontrollen, die sich auf die kantonalen NAV's abstützen, wenig Arbeitsverstösse aufdecken, da die NAV's nicht verpflichtend sind." Das primäre Ziel sollte gemäss Sauvin sein, verpflichtende Arbeitsbedingungen zu schaffen und die illegalen MigrantInnen zu regularisieren. L'Autre Syndicat fordert dies schon seit langem ein, doch das Seco zeigte sich bisher mit den kantonalen NAV's zufrieden.

"Aufgrund der sozialen Isolation, nicht ausreichender Kenntnisse der lokalen Sprache und mangelnder gewerkschaftlicher Unterstützung, ist es für migrantische LandarbeiterInnen zudem schwierig, sich im Fall von Lohnmissbrauch, fehlender Sozialleistungen oder unbezahlter Überstunden zu wehren und die eigenen Rechte einzufordern", meint Sarah Schilliger, Soziologin und Migrationsforscherin. Sie verweist auf die erfolgreiche basisgewerkschaftliche Sezoniari-Kampagne in Österreich (www.sezoniari.at): Diese Initiative von unterschiedlichen AkteurInnen aus gewerkschaftlichen, migrations- und agrarpolitischen Zusammenhängen informiert SaisonarbeiterInnen mit mehrsprachigem Infomaterial, direkten Begegnungen auf den Feldern und grossen Plakatwänden über ihre Rechte und unterstützt sie dabei, diese auf individueller und kollektiver Ebene durchzusetzen. Die nächsten Lohnverhandlungen für die Richtlöhne 2019, u.a. mit den Vertretern des SBV, sind am 30. Oktober 2018 in Bern. Mit der Abstimmung vom 23. September ebnet die Initiative für Ernährungssouveränität mit deiner Unterstützung die Möglichkeit nach gesamtschweizerisch einheitlichen und fairen Arbeitsbedingungen. •

ZWEI BEISPIELE AUS DER PRAXIS

	TaPatate! in Wallenbuch (BE)	meh als gmües in Zürich
Brutto Monatslohn	4'500 - 5'000 CHF	4'500 - 5'215 CHF
Arbeitsstunden pro Woche 100 %	42h	45h
Anzahl Ferienwochen	4 Wochen	5 Wochen (auch in der Hochsaison)
Freie Wochenenden	Ja	Samstag Haupteinsatztag für die Mitglieder, Sonntag frei
Überstunden	Auszahlung/Kompensation	Jahresarbeitszeit, Kompensation im Winter

SUBVENTIONEN ODER RENTEN?

INTERVIEW

EVELINE DUDDA
AGRARJOURNALISTIN

GEFÜHRT VON
ULRIKE MINKNER
BÄUERIN UND UNITERRE VIZE-PRÄSIDENTIN

Die Direktzahlungen - Ein System mit Schwachstellen. Bäuerinnen und Bauern zwischen Sozialhilfe-Empfänger auf hohem Niveau und Unternehmertum. Ein Interview mit der Agrarjournalistin Eveline Dudda.

Direktzahlungen sind nicht das gleiche wie Subventionen, wo genau liegt der Unterschied?

Dass die Produktion im Schweizer Kostenumfeld teurer ist als im Ausland ist unbestritten. Deshalb hat man früher die Produktion direkt, also mit festgesetzten Preisen subventioniert. Mit dem Beitritt zur WTO 1995 verpflichtete sich die Schweiz diese Subventionen abzubauen. Am teureren Kostenumfeld in der Schweiz hat das aber nichts geändert. Darum hat die Politik den Bauern versprochen das Geld nun einfach in Form der Direktzahlungen auszuzahlen. Später hat man diese an Leistungen gekoppelt, die mit der Produktion so wenig wie möglich zu tun haben. Mir fällt auf, dass der Bundesrat in seiner Gesamtschau zur AP22+ neuerdings den Begriff Rente verwendet. Unter Rente versteht man jedoch ein Einkommen, das gänzlich ohne Gegenleistung bezogen wird.

Von den 3,5 Mrd. Franken, die der Bund für die Landwirtschaft ausgibt, machen die Direktzahlungen mit 2,7 Mrd. den Hauptteil aus. Kommen die Mittel den Bauern und Bäuerinnen zugute?

Das ist eine schwierige Frage. Fakt ist jedenfalls, dass wohl nur eine Handvoll Betriebe in der Schweiz ohne Direktzahlungen überleben würden. Das sind Betriebe, denen es gelingt ihre Produkte im Höchstpreissegment zu vermarkten. Irgendjemand muss einfach zahlen. Entweder via Steuern und Direktzahlungen oder über höhere Preise im Laden. Weil Haushalte mit wenig Einkommen weniger Steuern zahlen, könnte man sagen, dass das System mit den Direktzahlungen für die Konsumentensicht ein bisschen sozialer ist.

Für die Konsumenten mag das stimmen, aber stimmt es auch für die Bauern und Bäuerinnen?

Jein. Für manche Betriebe geht die Rechnung auf. Aber es gibt auch Betriebe, die sehr hohe Produktionskosten haben und nur wenig Direktzahlungen erhalten. Und wenn man sich die Auswertung der Buchhaltungsdaten von Biobetrieben anschaut, stellt man fest, dass diese zwar oft mehr Direktzahlungen erhalten, dass sich das aber nicht telle quelle im Einkommen niederschlägt. Das zeigt, dass ein Teil der Direktzahlungen vom Handel oder den vorgelagerten Stufen abgeschöpft wird.

Wir Bäuerinnen und Bauern werden immer abhängiger von den Direktzahlungen, das erzeugt ein ungutes Gefühl.

Das kann ich verstehen, zumal diese Beiträge ja jederzeit ändern können. Die Bundesverwaltung und Politiker überlegen ständig, wie sie die Bauern dazu bringen können sich so oder so zu verhalten. Aber weil ihnen der Bezug zur Basis fehlt, kommen dann oft so verquere Instrumente raus wie bei der AP14-17.

Wie meinen Sie das?

Das Hauptargument für die AP14-17 war ja, dass es zu viele Nutztiere gäbe und man diese wegen der Ammoniakemissionen etc. reduzieren müsste. Man hätte dieses Ziel ganz einfach erreichen können, indem man den Höchsttierbesatz pro Hektar senkt. Damals gab es die Tierbeiträge ja nur bis zu dieser Höhe. Doch das war den Architekten der AP14-17 wohl zu banal. Stattdessen haben sie die obere Limite für den Tierbesatz aufgehoben, einen Mindesttierbesatz eingeführt und dem Parlament prophezeit, dass der Tierbestand um zehn Prozent sinken würde, wenn die Tierbeiträge abgeschafft werden.

Die Tierbestände haben meines Wissen aber nicht gross abgenommen.

Genau. Warum sollten sie? Es macht ja keinen Sinn den Stall halb leer zu lassen, nur weil die Tierbeiträge abgeschafft wurden. Das Beispiel zeigt meiner Meinung nach (auch) auf, wie das Parlament immer wieder mit falschen Prognosen geködert wird.

Sie glauben, das war kein Einzelfall?

Sicher nicht. Nehmen wir einen weiteren Kernpunkt der AP14, die Verschiebung der Gelder ins Berggebiet. Die fand zwar tatsächlich statt, aber wohl kaum so, wie sich das die Bevölkerung und wohl auch viele Parlamentarier vorgestellt haben. Die kleinen, handarbeitsintensiven Betriebe mit erschweren Bedingungen haben nur unwesentlich davon profitiert, während grosse, extensive Betriebe im Berggebiet von der Umstellung auf die AP14 profitierten. Weil die Flächen Grenzen nach oben angepasst wurden, die Einkommens- und Vermögensgrenze wegfielen etc. bekamen einige von ihnen von einem Tag auf den anderen 150'000 Franken mehr ausbezahlt. Da kann man dann wirklich von Rente sprechen.

SIEHE GRAFIK

www.uniterre.ch/de/renten

Wer sind die Verlierer und wer die Gewinner des heutigen Systems?

Ich glaube, man kann das auf eine simple Formel runterbrechen: Wer hat, dem wird gegeben! Wer viel Land hat und dieses mit wenig Aufwand bewirtschaftet, bekommt viele Direktzahlungen. Solche Betriebe können sogar wachsen, weil sie am Ende des Jahres noch etwas übrig haben. Kleinen oder arbeitsintensiven Betrieben gelingt das nicht.

Die Initiative für Ernährungssouveränität versucht die aktuelle Agrarpolitik etwas auszubremsen. So wird eine Mengensteuerung in Bauernhand gefordert und die Aufrechterhaltung der regulierenden Massnahmen an den Grenzen. Sehen Sie darin eine Möglichkeit, wie wir aus der Direktzahlungsfalle herauskommen?

Ich finde die Initiative mutig, Instrumente wie Grenzschutz und Mengensteuerung hätten sicher eine Wirkung. Meiner Meinung nach scheitert der letzte Punkt aber vor allem daran, dass der Solidaritätsgedanke in der Landwirtschaft verloren ging. Das ist auch eine Folge des Systems. Früher haben alle Bauern von höheren Preisen profitiert, deshalb setzten sich auch alle dafür ein. Heute gibt es dagegen einen Kampf um Fläche, da Fläche praktisch das alleinige Mass für Direktzahlungen ist. Die Bauern wurden zu Konkurrenten. Cäsar hat einmal gesagt "teile und herrsche" und er hatte Recht. Wenn die Bauern gegeneinander kämpfen, statt sich gemeinsam gegen offene Grenzen zu wehren, wird der Bundesrat leichtes Spiel haben seine Agrarpolitik so zu gestalten, wie es ihm und der Wirtschaft passt. •

DANK VERNETZUNG KONNTE DIE HALTUNG VON BIO SUISSE GEKIPPT WERDEN

Der Vorstand von Bio Suisse hatte bereits die Nein-Parole zur Ernährungssouveränitäts-Initiative und die Stimmfreigabe für Fair-Food gefasst. An der Delegiertenversammlung vom 18. April 2018 in Olten setzten sich die Delegierten über diesen Entscheid hinweg und beschlossen die Ja-Parole für die Fair-Food und Stimmfreigabe für die unsrige.

Der Umschwung wurde massgeblich durch das Engagement der Uniterre-Mitglieder Rudi Berli, Maurus Gerber und Ulrike Minkner angestossen. Auch dank eines offenen Briefes an die Delegierten, in dem 120 Frauen für die Unterstützung beider Initiativen einstehen, konnte dieser Teilerfolg erkämpft werden.

ENGAGIERT EUCH BEI UNITERRE, VERNETZT EUCH, SO ERREICHEN WIR MEHR GEWICHT IN DER POLITISCHEN DEBATTE! •

UNITERRE MITGLIED WERDEN

www.uniterre.ch/mitglied
CH51 8013 9000 0228 4965 5

ABSTIMMUNG ERNÄHRUNGS-
SOVERÄNITÄT INITIATIVE

SONNTAG 23. SEPTEMBER 2018

DIE INITIATIVE SICHTBAR MACHEN!

Liebe Bäuerinnen und Bauern. Die Kampagne nimmt Fahrt auf. Die Abstimmung findet voraussichtlich im Herbst 2018 statt. Wir erarbeiten aktuell das Abstimmungsmaterial: Plakate, Blachen, Hohlkammerplakate, Aufkleber etc. Bitte überlegt euch bereits jetzt was für Material ihr brauchen könnt. Wo könnt ihr dies sichtbar (Verkehrsknotenpunkte) aufhängen? Wie könnt ihr eure KundInnen informieren und in die Kampagne einbeziehen? Meldet euch bei uns.

Vielen Dank!

info@souverainete-alimentaire.ch •

NACHHALTIGES PALMÖL RSPO-LABEL ETIKETTENSCHWINDEL

In dem am 23. Februar 2018 veröffentlichten Faktenblatt kritisiert die Schweizer Palmöl-Koalition das RSPO-Label (Roundtable on Sustainable Palm Oil) u.a. von WWF, Migros und Unilever scharf. Auch nach 15-jährigem Bestehen steht der RSPO weder für eine ökologische noch für soziale Nachhaltigkeit. Die Palmöl-Koalition fordert mit Nachdruck den Ausschluss von Palmöl - auch RSPO-zertifiziertem - aus dem Freihandelsabkommen mit Indonesien. Uniterre initiierte die Palmöl-Koalition im August 2015. Mittlerweile gehören Organisationen wie die Bruno Manser Stiftung, die Schweizer Getreideproduzenten (SGPV) und verschiedene NGO's dazu. Erfolgreich wurde die Motion von Jean-Pierre Grin (SVP/VD) im Nationalrat mit 140 Stimmen bei 35 Gegenstimmen angenommen. Die Motion verlangt, dass Palmöl aus dem Freihandelsabkommen mit Malaysia ausgeklammert wird. Frühestens Mitte August wird die Aussenpolitische Kommission des Ständerates über die Motion Grin beraten. Medienmitteilung der Koalition zu Palmöl:

www.uniterre.ch/pe-palmoel180223 •

17. APRIL KAMPFTAG DER BÄUERINNEN UND BAUERN

BERN - DEMO VOR DEM BLW

DIE KOFFERTRÄGER EINER VERFEHLTEN AGRARPOLITIK. Harsche Kritik äusserte Rudi Berli, Präsident der Sektion Genf, am 17. April anlässlich der Demonstration vor dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) in Bern-Liebefeld. Dieses missachte das Gesetz und die Verfassung. Berli unterlegte dies mit einer Aufzählung diverser Punkte aus dem Landwirtschaftsgesetz, die nicht eingehalten werden wie z.B. Nachhaltigkeit und Massnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation. Die Initiative für Ernährungssouveränität greift viele dieser Punkte auf und will damit eine Stärkung der bäuerlichen und vielfältigen Landwirtschaft erreichen. Pierre-André Tombez, Präsident der Allianz für Ernährungssouveränität, wiederum wies auf das Ungleichgewicht im Markt hin: Viele Anbieter treffen auf wenige Abnehmer, die ihre Marktmacht ausspielen. Dieses Verhältnis gilt es umzukehren und Rahmenbedingungen zu schaffen mit fairen Preisen, langfristigen Standardverträgen und Mengen, die dem tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung angepasst werden. Ulrike Minkner, Vize-Präsidentin Uniterre, wies auf die Wichtigkeit gesunder Lebensmittel sowie einen Brückenschlag zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen hin. Mit einem Apéro riche sowie Musik von "Los Hermanos Perdidos" wurde der Anlass abgerundet. MST •

BRUGGEN (SG) - VIELE KLEINE ZELLEN

Das Regionalkomitee St. Gallen / Appenzell lud zu einem Themen- und Vernetzungstreffen im "Wartsaal" ein. Nach einem Input-Referat von Jörg Rechtsteiner vom Initiativkomitee Ernährungssouveränität wurde angeregt über die Zukunft unserer Landwirtschafts- und Ernährungspolitik diskutiert. Für gute Stimmung sorgte das Trio Spindle, das musikalische Elemente aus aller Welt mit Appenzeller Volksmusik verbindet. Sehr passend, denn auch das Thema Ernährungssouveränität hat sowohl lokal als auch weltweit eine grosse Bedeutung! "Global denken, lokal handeln" war einmal mehr das Fazit der Gesprächsrunde. "Wir müssen viele kleine Zellen bilden und so zu einer immer grösseren Bewegung werden", ermahnte Jörg Rechtsteiner wiederholt. Mit einem von Liliane Küenzle liebevoll hergerichteten Apéro aus gespendeten Produkten lokaler Bäuerinnen und Bauern und lokalem Bier klang der Abend dann langsam aus. AF •

GENÈVE - CERRO LIBERTAD

Am 17. April, war Maria Montavez von der andalusischen Gewerkschaft für landwirtschaftliche Tagelöhner (SOC/SAT) in Genf, um sich zum Thema Zugang zu Land für Bäuerinnen und Bauern in Spanien und Europa zu äussern. Maria und über 200 landwirtschaftliche Tagelöhner besetzen seit über einem Jahr ein Grundstück, dass von einer grossen spanischen Bank zu Spekulationszwecken verwendet wird. Während die Bank europäische Subventionen einheimst, werden die Bäuerinnen und Bauern für ihre Aktion kriminalisiert. Der Anlass wurde mit einem Appell zum Widerstand und zur Solidarität beendet – für die Ernährungssouveränität der Völker! La tierra no se vende, el Cerro se defiende! RH •

Vielen Dank an alle, die mitorganisiert und sich an den Veranstaltungen beteiligt haben!

Ganze Artikel und Fotos www.uniterre.ch/17april2018

BEACHTENSWERTE ARTIKEL

Veganismus versus Antispeziesismus - Vanessa Renfer und Rudi Berli www.uniterre.ch/de/veganismus

Zugang zu Land - Rudi Berli www.uniterre.ch/de/zugang

La Via Campesina ist am kolumbianischen Friedensprozess beteiligt - Philippe Sauvin www.uniterre.ch/de/kolumbia •

ZÜRICH - BRUNCH

DIE LUST AM WANDEL GEHT ÜBER DEN MAGEN! Am Sonntag, 15. April führte die Regionalgruppe der Allianz einen Brunch in Zürich durch. Bei prächtigem Wetter fanden rund 70 Personen den Weg in die Wandellust. Neben einem vielfältigen und vorzüglichen Buffet führte Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne, durch das Thema Landwirtschaft und Exportsubventionen. "Die Industrialisierung der Landwirtschaft hat dazu geführt, dass die Bäuerinnen und Bauern im Süden, die für sich selbst, das Dorf oder die Region produziert haben, die sogenannte Subsistenzwirtschaft und damit ihre Existenzgrundlage verloren haben." Die Exportsubventionen zerstören die lokalen Märkte. Glättli zog dafür ein eindrückliches Beispiel aus der Subsahara heran: Von 1985 – 2002 sorgten Billigexporte aus dem industrialisierten Norden für Einkommensverluste von 272 Milliarden US Dollar. Zusammengerechnet erhielten die gleichen Länder 272 Milliarden US Dollar Entwicklungshilfe für den gleichen Zeitraum. Sprich mit der Entwicklungshilfe hat man die negativen Folgen des Freihandels aufgefangen bzw. die Überschussproduktion des Nordens finanziert. Getreidezüchter Peter Kunz verwies auf die Wichtigkeit einer unabhängigen Züchtung und Forschung hin, gerade auch im Biobereich, denn auch dort ist die Dominanz der wenigen Saatgutkonzerne immens und dieser Umstand sei nicht allen KonsumentInnen bewusst. Tina Siegenthaler, von der Kooperationsstelle solidarische Landwirtschaft stellte ihre Arbeit vor und verwies auf unsere Initiative, die gerade die Rahmenbedingungen für Vertragslandwirtschaften verbessere. Die Songwriterin Irene Mazza sorgte für die musikalische Untermalung des überaus gelungenen Anlasses. MST •

TROGEN - INITIATIVE

Auch im Appenzellischen gab es einen Anlass, um unsere Initiative besser bekannt zu machen. Engagierte Diskussion, feines lokales Essen und Musik von "Gad'ase" im Gasthaus Schäfli von Gastgeber Ueli Künzle. •

LAUSANNE - RUNDERTISCH

Eine konkrete Vision für eine bessere Gesellschaft. Ein Rundertisch organisiert durch Uniterre und die Wochenzeitung "Le Courrier" fand im Quartiertreff Sous-Gare statt. Die TeilnehmerInnen waren Alice Glauser-Zufferey, Nationalrätin SVP, Giulia Onori, La Semaine du Goût, Cyril de Vries, Geograph und Michelle Zufferey von Uniterre. Diskutierte Themen waren u.a. Recht auf gesunde, regionale und saisonale Nahrung, die nicht durch industrielle Prozesse denaturiert sind, Rückverfolgbarkeit und Transparenz. Die Wichtigkeit dieser Anliegen und die Übermacht der Agroindustrie und der Grossverteiler verlangt das Engagement der BürgerInnen ebenso der Bäuerinnen und Bauern, um den Wandel voranzutreiben. MZ

Video: www.uniterre.ch/17avril2018-LS •

GENUSSWOCHE 2018

Von 13. bis 23. September 2018. Die Genusswoche schafft Treffpunkte für Menschen, die gern gut essen. Die Genusswoche ist eine Gelegenheit, die Wichtigkeit lokaler Vermarktung aufzuzeigen und bekannter zu machen. Einschreibefrist bis 15. Mai. Gratis Einschreibung für Uniterre Mitglieder. Melden Sie sich! www.gout.ch •

AGENDA

Neugründung Uniterre Sektion Zürich
Mittwoch 16. Mai 19:30
Fondlihof, Spreitenbacherstrasse 35, Dietikon

Begegnungs-Allmend 2018
Sam 19. - Mon 21. Mai 2018 9:00-18:00
Erlengut bei Thun

March against Monsanto
Samstag 19. Mai 13:00
Barfüsserplatz, Basel

Treffen Uniterre Deutschschweiz
Mittwoch 13. Juni 19:30
Bioland, Tannwaldstrasse 44, Olten

Treffen Uniterre AG
Dienstag 10. Juli 19:30
Restaurant Traube, Hauptstrasse 58, Kittchen

ALLE INFORMATIONEN AUF UNSERER WEBSITE

www.uniterre.ch/agenda

MARCH AGAINST MONSANTO

SAMSTAG 19. MAI, 13:00
BARFÜSSERPLATZ, BASEL

KONTAKTE SEKTIONEN

Zürich Tina Siegenthaler 079 202 35 19

BS/BL Florian Buchwalder 079 470 70 48

Bern Daniel Flühmann 078 845 48 99

Aargau Georg Dällenbach 078 645 15 59

Deutschschweiz Mathias Stalder 079 409 72 06

IMPRESSUM

Sekretariat / Werbung
Uniterre, av. du Grammont 9, 1007 Lausanne
021 601 74 67 www.uniterre.ch info@uniterre.ch

Verantwortlich für die Zeitung
Mathias Stalder 079 409 72 06, m.stalder@uniterre.ch

Verwaltung und Abos
Claude Mudry, 079 365 76 10, c.mudry@uniterre.ch

Übersetzung
Stefanie Schenk 2
Pascal Muelchi 4-5

Foto
Eric Roset, www.eric-roset.ch Frontseite, 4-5

Layout
Dacha et Boris Abbet, atelier SoiuZ, www.soiuz.ch

Druck
Imprimerie du Journal de Sainte-Croix et Environs
1450 Sainte-Croix, 024 454 11 26
Auf FSC-Mix zertifiziertem Papier gedruckt